

Analysen und Konzepte

aus dem Programm „LebensWerte Kommune“



Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“



Autoren: Dr. Regina von Görtz und Karl Janssen

Zeigen, was wirkt: Erste Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitforschung von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“

„Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) ist ein gemeinsames Modellvorhaben der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann Stiftung, das die Weichen für gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen stellen möchte. Seit Anfang 2012 haben sich 18 Kommunen auf den Weg gemacht, kommunale Präventionsketten aufzubauen. Vorhandene Kräfte und Angebote in den Kommunen werden gebündelt und Angebote der Bereiche Gesundheit, Bildung, Kinder- und Jugendhilfe sowie Soziales miteinander verknüpft.

Das Modellvorhaben wird wissenschaftlich begleitet. Die Bertelsmann Stiftung verantwortet die Begleitforschung gemeinsam mit ihren wissenschaftlichen Partnern.

Soziales

Demographie

Finanzen



Forschungsgesellschaft für
Raumfinanzpolitik mbH

ZEFIR RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
Fakultät für Sozialwissenschaften
ZENTRUM FÜR INTERDISZIPLINÄRE
REGIONALFORSCHUNG

Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“

Im Jahr 2011 sorgte in Nordrhein-Westfalen ein Gutachten für Aufsehen mit dem Titel „Soziale Prävention – Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen“ (Prognos 2011). Darin wurde die Summe von 2,5 Milliarden Euro jährlich beziffert, die sich mittelfristig durch Prävention insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe einsparen ließe. Auch die Bertelsmann Stiftung hat sich verschiedentlich mit sozialen Folgekosten, fokussiert auf das Bildungssystem, befasst (Bertelsmann Stiftung 2012). Inspiriert von der Überzeugung, dass Vorbeugen besser ist als heilen, machte sich die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit der Landesregierung NRW auf den Weg, die Potenziale der Prävention zu nutzen. Gemeinsam starteten sie das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“.

18 Modellkommunen

Arnsberg	Moers
Bielefeld	Mönchengladbach
Dormagen	Münster
Dortmund	Oberhausen
Duisburg	Witten
Düsseldorf	Wuppertal
Gelsenkirchen	Kreis Düren
Gladbeck	Kreis Unna
Hamm	Kreis Warendorf

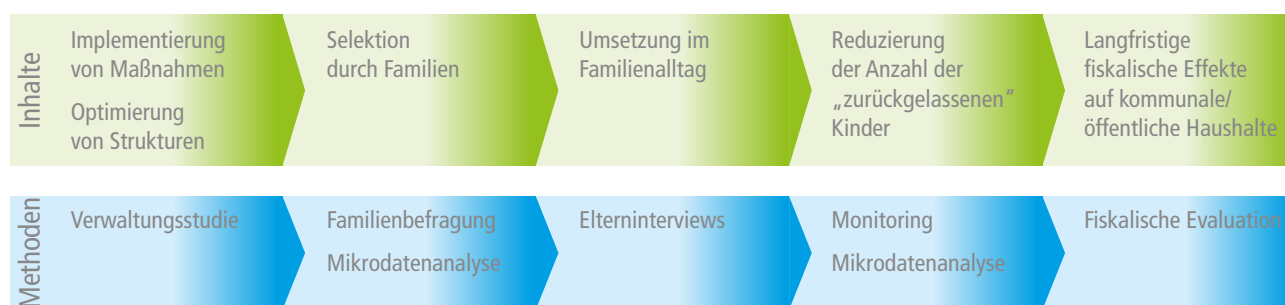
18 Kommunen haben sich auf den Weg begeben, kommunale Präventionsketten aufzubauen bzw. zu versteigern, Lücken im kommunalen Präventionsangebot zu schließen und die Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu optimieren.

Definition Präventionskette

Im Mittelpunkt des Projektes KeKiz steht die sog. „Präventionskette“. Die Präventionskette ist biographisch, entlang der Lebensphase eines Kindes angelegt (von der Geburt bis zum Übergang in den Beruf). Kommunen bieten hier unterschiedliche und vielfältige Angebote. Eine funktionierende Präventionskette muss als integrierte kommunale Strategie verstanden und umgesetzt werden.

Die Bertelsmann Stiftung verantwortet diese Begleitforschung gemeinsam mit ihren wissenschaftlichen Partnern. Ziel der ist zu untersuchen, wie kommunale Präventionsketten wirken. Es wird nach Möglichkeiten der Optimierung gesucht und geprüft, inwiefern sich durch den Ausbau von Präventionsketten soziale Folgekosten verringern lassen. Mit einem Mehrebenen- und Mehrmethodendesign nähert sich die Begleitforschung ihrem Forschungsgegenstand (Abbildung 1). Eine Verwaltungsstudie untersucht, welche Faktoren für den Aufbau von Präventionsketten förderlich sind. Im Rahmen einer Familienbefragung wird die Inanspruchnahme präventiver Angebotsstrukturen durch Familien und Kinder untersucht. In Elterninterviews soll erforscht werden, welches Vorgehen auch die Familien, Kinder und Jugendlichen erreicht, die bislang keine Unterstützung in Anspruch genommen haben. Ein Monitoring untersucht, wer von präventiven Leistungen besonders profitieren kann und entwickelt Indikatoren zur Beobachtung der Outcomes von Präventionsarbeit. Das Mikrodatenmodul widmet sich der systematischen Erschließung und Analyse von Daten, die im Verwaltungsprozess produziert werden und die die Kommunen für die Selbstevaluation nutzen können. Die fiskalische Begleitforschung konzentriert sich auf die Abschätzung von Kosten- und Nutzeneffekten auf unterschiedlichen Ebenen.

Abbildung 1: Forschungsinhalte und -methoden



Quelle: eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Was können wir nach gut einem Jahr Forschung sagen?

Vier zentrale Erkenntnisse

1. Vorbeugung funktioniert

Die Effekte von Prävention können nur langfristig eintreten. Der Zeitraum eines Jahres ist im Grunde zu kurz bemessen. Aber bereits heute lässt sich feststellen: Vorbeugung funktioniert. Nicht immer, nicht überall, aber unter bestimmten Voraussetzungen. Vorbeugung findet im Lebensraum von Familien und Kindern statt; d. h. vor allem in Regeleinrichtungen wie Kita, Schule, Ganztags, Sportverein und im Quartier, in dem die jungen Menschen leben.

Dass gerade bei kleinen Kindern durch Vorbeugung noch viel erreicht werden kann, ist mittlerweile Konsens in der Forschung. Auch unsere Untersuchungen zeigen, dass etwa Kinder, die früh eine Kita besuchen, in erheblichem Maße davon profitieren. Abbildung 2 zeigt, dass Kinder, die vor ihrem dritten Lebensjahr in eine Kita gekommen sind, in nahezu allen Entwicklungsbereichen weiter fortgeschritten sind.

Mit wenigen guten, präventiven Maßnahmen lassen sich die Bildungschancen von benachteiligten Kindern deutlich verbessern. So können unsere Wissenschaftler zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit für mangelhafte

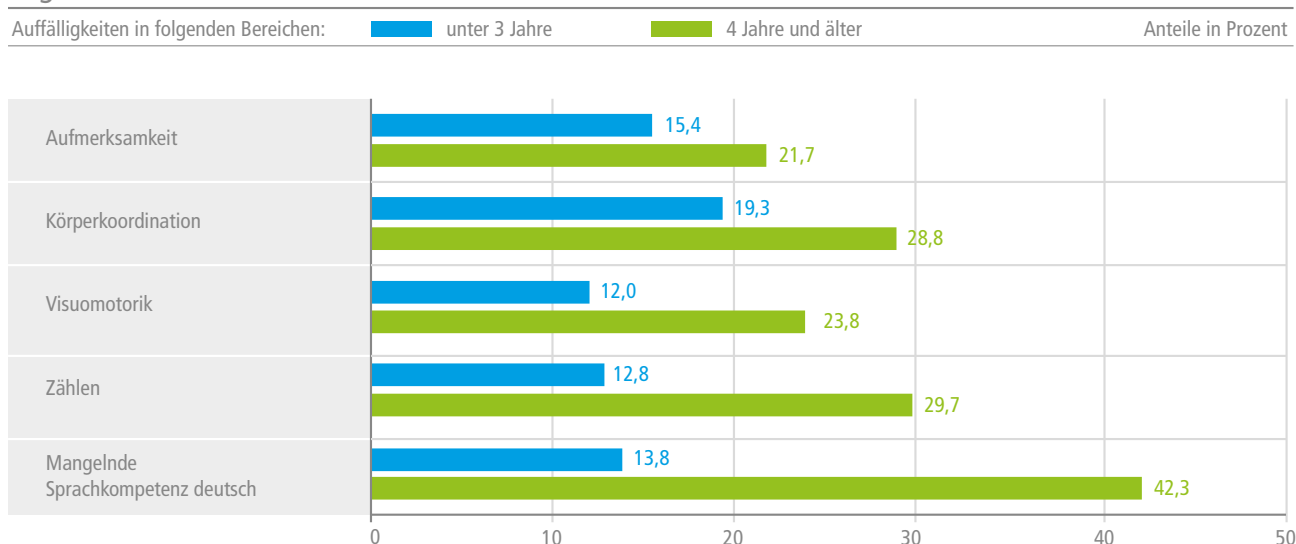
Deutschkenntnisse bei Kindern mit türkischem Migrationshintergrund, deren Eltern eine niedrige Schulbildung aufweisen und deren Familien Sozialgeld erhalten, zum Zeitpunkt des Schuleintritts von 75 auf 29 Prozent (!) gesenkt werden kann. Das gilt, wenn Kinder 1.) vor ihrem dritten Lebensjahr in eine Kita kommen, 2.) die Kita, die sie besuchen, sozial durchmischt ist und 3.) sie in einem Sportverein aktiv sind (Abbildung 3).

2. Die Inanspruchnahme von Angeboten durch Kinder und Familien ist für die Wirkung von Prävention zentral

Damit vorbeugende Maßnahmen und Angebote überhaupt präventive Wirkung entfalten können, müssen sie durch Kinder und deren Familien in Anspruch genommen werden (können). Denn jedes gut gemeinte Förderungsinstrument kann nur dann wirken, wenn die Familien die Hilfe auch annehmen.

Fatal ist, dass gerade Kinder, die unter besonderen Belastungslagen aufwachsen und daher einen besonderen Förderbedarf haben, im Schnitt deutlich später in die Kita eintreten. Dies trifft vor allem auf Kinder im Sozialgeldbezug, Kinder mit türkischem Migrationshintergrund und Kinder nicht erwerbstätiger Eltern zu. Darüber hinaus sind Kinder, die in materieller Armut aufwachsen, seltener Mitglied im Sportverein, in der Musikförderung u. Ä. Das Ziel ist damit klar: Teilhabe erhöhen – insbesondere für Kinder, die in materieller

Abbildung 2: Merkmale der Entwicklung von Kindern bei Schulbeginn nach dem Zeitpunkt des Kita-Beginns



Quelle: Mülheim an der Ruhr, Referat V.1 Stadtforschung und Statistik, Schuleingangsuntersuchung 2009/2010 bis 2012/2013, eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Armut aufwachsen – denn nur so können präventive Angebote auch wirken.

Um dieses Ziel zu erreichen, kann auf der Angebotsseite viel getan werden. Wichtige Kriterien sind beispielsweise ein niedrigschwelliger Zugang, sozialräumliche Angebote und leicht zugängliche Informationen auch an Eltern mit unterschiedlichen Herkunftssprachen (für Beispiele guter Praxis siehe MFKJKS 2013 und MFKJKS 2014 des Modellvorhabens). Es gilt aber auch, soziale Ausgrenzung abzubauen, die z. T. durch institutionelle Praktiken noch verstärkt wird. So finden wir z. B. in manchen Stadtteilen in direkter Nachbarschaft zueinander Kitas mit einem überdurchschnittlich hohen bzw. überdurchschnittlich niedrigen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund. Solche Segregationstendenzen sind nicht nur Ergebnis des Wahlverhaltens von Eltern, sondern auch der Auswahlverfahren der Kita-Träger.

Damit die Inanspruchnahme von Angeboten dauerhaft bestehen bleibt und diese eine präventive Wirkung entfalten können, ist die Qualität besonders wichtig. Hier sind die Kommunen und alle Akteure rund ums Kind (Kitas, Schulen, Vereine, freie Träger etc.) der Präventi-

onskette selbst gefragt, zu evaluieren. Dabei bietet die Bertelsmann Stiftung vielfältige Unterstützung:

- Im Rahmen des Mikrodatenmoduls der Begleitforschung entwickeln die Wissenschaftler Methoden und Zugänge der Selbstevaluation mit anfallenden kommunalen statistischen Routinedaten (z. B. durch Auswertung der Daten der Schuleingangsuntersuchung, von Kita-Screenings etc.). Die Methoden, Datenquellen und Ergebnisse werden öffentlich gemacht und können von anderen Kommunen nachvollzogen und übernommen werden.
- Die Bertelsmann Stiftung stellt mit KECK und KOMPIK bereits heute Instrumente zur Verfügung, die es Kommunen erlauben, im Kita-Bereich vergleichbare Daten zum Entwicklungsstand von Kindern zu erheben und diese auf sozialräumlicher Ebene auszuwerten.
- Die Evaluation einzelner Maßnahmen und Angebote kann und muss durch die Kommunen selbst erfolgen. Wie das im laufenden Prozess und mit relativ geringem Mittelaufwand gelingen kann, dazu

Abbildung 3: Risiken mangelnder Deutschkenntnisse bei zwei Risikogruppen mit unterschiedlich frühem Kita-Eintritt, mit und ohne Sport im Verein und in unterschiedlich segregierten Kitas

Geschätzte Wahrscheinlichkeit für mangelhafte Deutschkenntnisse:



Quelle: Mülheim an der Ruhr, Referat V.1 Stadtforschung und Statistik, Schuleingangsuntersuchung 2009/2010 bis 2012/2013, eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

haben die Bertelsmann Stiftung und Phineo¹ Handreichungen entwickeln lassen (Schmidt et al. 2013, Phineo 2013). Im Rahmen des Modellvorhabens wurde allen KeKiz-Koordinatoren durch die Bertelsmann Stiftung eine Schulung zur Qualitätssicherung auf Basis dieser Handreichungen angeboten. Dieses Angebot steht allen Kommunen offen.

3. Prävention kann und muss durch die Kommunen gezielt gesteuert werden

Die Herstellung von Chancengerechtigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der Kommunen einen entscheidenden Beitrag leisten. Sie sind die Orte, an denen Kinder aufwachsen, und haben damit einen unmittelbaren Einfluss auf deren Umwelt und Lebensraum. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, brauchen Kommunen den Willen und die Fähigkeit, Prävention zu steuern. Entscheidend ist, dass die richtigen Unterstützungsleistungen zielgerichtet bei den richtigen Kindern ankommen.

Dazu bedarf es u. a. einer evidenzbasierten Steuerung durch die zuständigen kommunalen Ämter. Dies gelingt

¹ Die Phineo gAG ist eine Ausgründung der Bertelsmann Stiftung, die privaten Spendern und sozial engagierten Unternehmen Orientierungshilfen für ihr Engagement im gemeinnützigen Sektor gibt.

über die gemeinsame Erhebung, Auswertung und Diskussion von Daten aus dem Sozialraum und ggf. für einzelne Institutionen. Die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt, dass diese Daten am besten transparent und öffentlich gemacht werden, um so einen breiten Diskurs aller Verantwortlichen in Gang zu setzen (Bertelsmann Stiftung und ZEFIR 2014). Gemeinsam können Entwicklungen umfassender bewertet und wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Das Ziel: evidenzbasiertes Handlungswissen generieren, um Kinder und deren Familien noch gezielter und wirksamer unterstützen zu können.

Gebraucht wird ein inter- und intrakommunaler Diskurs um Fragen der Steuerung. Am ehesten gelingt dies durch das Schaffen von Transparenz und einen anschließenden gemeinsamen Diskussionsprozess: „Wie geht es den Kindern in unserer Stadt, in unserem Quartier, in unserer Einrichtung?“, „Was können wir wo besser machen?“ Wie erfolgreich das sein kann, das macht etwa das kanadische Projekt HELP (Human Early Learning Partnership) vor. Auch in der BRD gibt es bereits positive Beispiele für einen solchen Ansatz. Mit KECK und KOMPIK stellt die Bertelsmann Stiftung dafür bereits gute Instrumente zur Verfügung (Bertelsmann Stiftung und ZEFIR 2014).

Derzeit werden die Kommunen mit dieser fachlich-methodischen Herausforderung jedoch weitestgehend allein gelassen. Der Weg, solch wichtiges Steuerungswissen zu generieren und zu diskutieren, wäre leichter, wenn Kommunen hierbei mehr Unterstützung durch Wissenschaft und Politik hätten. Die Erhebung, Auswertung und Bereitstellung von Daten könnte beispielsweise durch eine zentrale, neutrale Stelle erfolgen – etwa wie in Kanada – durch ein zentrales Forschungsinstitut mit abgeschotteter Statistikstelle. Das Schnüren von passgenauen Maßnahmenpaketen geschähe dann vor Ort durch die Kommunen aufgrund ihres lokalen, spezifischen Wissens.

4. Finanzielle Entlastungen durch Prävention begünstigen neben den Kommunen vor allem andere Akteure im System

Die fiskalische Begleitforschung versucht, den konkreten Nachweis zu erbringen, wo und an welcher Stelle diese Folgekosten durch welche Investitionen in Prävention eingespart werden könnten. Die Herausforderungen an eine wissenschaftliche Begleitforschung gelingender Prävention sind dabei immens. Schon die Definition von Prävention im fiskalischen Sinne ist schwierig. Welche Ausgaben auf kommunaler Ebene zählen dazu, welche nicht? Was ist Daseinsvorsorge, was Prävention, was Intervention oder schon „Reparatur“?

Kosten- und Nutzeneffekte können darüber hinaus auf unterschiedlichen Ebenen auftreten (fiskalisch/nicht fiskalisch, individuell, gesamtwirtschaftlich, öffentlich, kommunal, kommunal-finanzpolitisch). Kommunen profitieren am ehesten direkt durch Einsparungen bei den „teuren“ Hilfen zur Erziehung. Inwieweit sich diese aber tatsächlich durch präventive Maßnahmen positiv beeinflussen lassen, ist Gegenstand intensiver Forschung. Klar ist, dass die Ausgaben im HzE („Hilfen zur Erziehung“)-Bereich nicht allein durch präventive Maßnahmen sinken werden – evtl. steigen sie sogar aufgrund der gestiegenen Aufmerksamkeit und der besseren Warnfunktion der Systeme.

Wahrscheinlich dagegen ist, dass Prävention insbesondere im frühkindlichen Bereich hohe „Renditen“ erzielen kann. Etwa in Form von höherwertigen Bildungsabschlüssen u. Ä. Höhere Bildungsabschlüsse etc. erzielen vor allen Dingen aber einen individuellen und einen gesamtgesellschaftlichen volkswirtschaftlichen Nutzen. Auf einzelgemeindlicher Ebene fallen volkswirtschaftliche Resultate in ihren Wirkungen dagegen unter anderem aufgrund der gegenläufigen Effekte des kommunalen Finanzausgleichs nur abgeschwächt aus. Mittelbar wirkt sich die Stabilisierung der Sozialstruktur für die jeweilige Kommune positiv aus. Im Ergebnis profitieren von gelingenden Investitionen in Prävention also nicht in erster Linie die Kommunen, sondern vor allem andere Akteure im System (Bund, Länder, Sozialversicherungsträger). Die Forderung nach einer stärkeren Beteiligung des Bundes an kommunalen sozialen Ausgaben lässt sich daher auch aus dieser Richtung erhärten.

Fazit

Insgesamt zeigt sich, dass kommunale Prävention aus einem Puzzle unterschiedlichster Bausteine besteht. Im Ergebnis brauchen wir gute Regeleinrichtungen und gute zusätzliche, ergänzende präventive Angebote über alle Lebensabschnitte junger Menschen hinweg. Diese guten Angebote müssen von jungen Menschen und deren Familien genutzt werden (können) und die Angebotsstruktur sowie die Qualität der Angebote und Einrichtungen müssen durch die Kommunen gesteuert werden.

Die Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme werden allein durch Prävention nicht sinken. Alle Forschung zeigt, dass ursächlich für die steigenden Kosten der Kinder- und Jugendhilfe vor allen Dingen die hohe (Kinder-)Armut ist. Im Ruhrgebiet wächst mehr als jedes vierte Kind in materieller Armut auf – und das trotz der positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt der letzten Jahre (Baumann und Seils 2014: 15). Armut stellt ein eigenständiges Entwick-

lungsrisko für junge Menschen dar, deren Auswirkungen durch Prävention abgemildert, aber nicht ursächlich behoben werden können. Armut kann nur gesamtgesellschaftlich bekämpft werden. Kommunen können mit präventiven Maßnahmen und dem Aufbau lokaler Präventionsketten einen wichtigen Beitrag dazu leisten, aber nicht alleine das Problem lösen. Dazu braucht es einer gemeinsamen Anstrengung von Bund, Land, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Literatur

- Baumann, Helge, und Eric Seils (2014). Wie „relativ“ ist Kinderarmut? Armutsrisiko und Mangel im regionalen Vergleich. WSI Report 11. Düsseldorf.
- Bertelsmann Stiftung und ZEFIR (Hrsg.) (2014). Kleinräumiges Monitoring für kommunale Prävention am Beispiel des kanadischen Projektes HELP (Human Early Learning Partnership). Dokumentation. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“, Band 1. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (2012). Warum Sparen in der Bildung teuer ist. Folgekosten unzureichender Bildung für die Gesellschaft. Gütersloh.
- MFKJKS (2013). Fachbericht „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. Düsseldorf.
- MFKJKS (2014). Fachmagazin „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. Düsseldorf.
- Phineo (Hrsg.) (2013). Kursbuch Wirkung. Berlin.
- Prognos (Hrsg.) (2011). Soziale Prävention. Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen. Basel.
- Schmidt, Stefan, et al. (2013). Regionale Bildungslandschaften wirkungsorientiert gestalten. Gütersloh.
- Strohmeier, Klaus Peter, David H. Gehne, Thomas Groos, Nora Jehles (2014). Die fachliche Begleitforschung. Konzept und erste Ergebnisse. Werkstattbericht. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“, Band 2. Gütersloh.

Drei Fragen an Prof. Dr. Strohmeier, wissenschaftlicher Leiter der fachlichen Begleitforschung des Modellvorhabens

Formal steht der Zugang zu präventiven Angeboten allen offen. Welche Zugangsbarrieren sehen Sie dennoch? Zugangsbarrieren sind zum Teil objektiver Art. Die Einrichtungen liegen nicht immer dort, wo die Familien leben und die Kinder aufwachsen, die ihrer besonders bedürfen. Es gibt auch subjektive Barrieren, d.h. Eltern kennen für sich und ihre Kinder hilfreiche Angebote nicht und sie überschätzen die Kosten ihrer Inanspruchnahme.

Wie kann ein chancengerechter Zugang gelingen? Was können Kommunen tun? Im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“ entwickeln wir Formate eines kleinräumigen integrierten Monitorings, das präzise Diagnosen und passgenaue Standortentscheidungen z.B. über die Lage von Familienzentren, Brennpunkt-Kitas, Beratungsangeboten oder Öffnung von Schulen in den Stadtteilen ermöglicht. Hier müssen sich Kommunen engagieren.

Was sollte im Modellvorhaben unbedingt angestoßen werden? Ich wünsche mir, dass wir es in den Modellkommunen hinbekommen, die unterschiedlichen Förderprogramme vor Ort zu integrieren und zu kombinieren. Diese Programme müssen in kooperative Strukturen einer Kommune implementiert werden mit Blick auf die nachhaltige Verbesserung der Bedingungen des Aufwachsens von Kindern in der Stadt. Diese Integration der integrierten Handlungskonzepte sollte wissenschaftlich begleitet werden, sodass alle Kommunen von diesen Erfahrungen profitieren können. Dazu brauchen die Kommunen nicht nur gute Kooperationsstrukturen und Bürgermeister, die „den Hut aufhaben“, sondern auch Geld, das konzentriert und koordiniert ausgegeben werden sollte.

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds.

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



EUROPÄISCHE UNION

Europäischer Sozialfonds

Mission

„Analysen und Konzepte“ ist eine Publikationsreihe aus dem Programm „LebensWerte Kommune“. Das Programm widmet sich den drei großen gesellschaftlichen Herausforderungen auf kommunaler Ebene: dem demographischen Wandel in seinen Ausprägungen und Auswirkungen auf alle Politikfelder, der zunehmenden sozialen Spaltung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, sowie der Haushaltskrise, die sich regional vertieft und kommunales Agieren behindert. „Analysen & Konzepte“ soll Ergebnisse der Stiftungsarbeit zu diesen Themen praxisgerecht vermitteln und den Entscheidungsträgern relevante Informationen zur Verfügung stellen.

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich in der Tradition ihres Gründers Reinhard Mohn für das Gemeinwohl. Sie versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Die Bertelsmann Stiftung tritt ein für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, da auf kommunaler Ebene gesellschaftlichen Herausforderungen am wirkungsvollsten begegnet werden kann. Die Stiftung ist unabhängig und parteipolitisch neutral.

Ausblick

Nr. 2/2014 erscheint im November

Die Auswirkungen von IPSAS/EPAS auf die deutschen Kommunen

Hervorgerufen durch die Schuldenkrise in einigen EU-Staaten beschäftigt sich die Europäische Kommission seit einiger Zeit mit der Frage, wie die Daten der öffentlichen Rechnungslegung verbessert, Transparenz und Vergleichbarkeit geschaffen und die Überwachung der Defizitgrenzen sichergestellt werden kann. Ein Ansatz ist die Harmonisierung der öffentlichen Rechnungslegung angelehnt an die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS), die gegenwärtig unter dem Begriff EPAS diskutiert wird. Insbesondere für die deutschen Kommunen wäre dies angesichts der noch immer nicht vollständig implementierten Doppik/NKF eine erhebliche Belastung, zumal zweifelhaft ist, ob der angestrebte Nutzen nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand erreicht wird.

„Analysen und Konzepte“ widmet sich in der kommenden Ausgabe den Auswirkungen dieses Reformvorhabens auf die Kommunen. Die Untersuchung stellt die wesentlichen Unterschiede zwischen IPSAS und aktuellem Haushaltsrecht dar, schätzt den Umsetzungsaufwand und den Steuerungsnutzen.

Impressum

© 2014 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung | Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh | www.bertelsmann-stiftung.de

ISSN 2199-7969

Autoren Dr. Regina von Görtz, Project Manager, Bertelsmann Stiftung; Karl Janssen, Projektleiter „Kein Kind zurücklassen!“ | **Verantwortlich** Dr. René Geißler | **Lektorat** Rudolf Jan Gajdacz, München | **Gestaltung** Nicole Meyerholz, Bielefeld | **Bildnachweis** © image100 Ltd. | ISSN 2199-7969